



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 - V - 6 1 - 0 0 2 5**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) IV

Personalmehrbedarf beim Stadtplanungsamt für Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz in der Stadt- und Freiraumplanung

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung Ausschuss	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	<input type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht		

Bestätigung Dezernent/in

Marcus Gäßner
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf: Dezember 2020,
 Stand: 12.03.2021

abs.: 12.182.919,05 €
 in %: 28,3

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2021	Personalkosten	50.660			1300152	630098	61 Stadtentwicklung
	x	2021	Personalkosten			50.660	300062	790398	Budget Dez IV/61
Summe einmalige Kosten:				50.660					

	x	p.a.	Personalkosten	202.640			1300152	630098	61 Stadtentwicklung
	x	p.a.	Sachkosten	100.000			100541	679000	61 Stadtentwicklung
Summe Folgekosten:				302.640					

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, der Entwicklung des Stadtquartiers Ostfeld, der Zentralisierung des BKA an einem neuen Standort, der Fortschreibung des Rhein.Main.Ufer-Konzeptes sowie der Prüfung aller bestehenden weiteren Flächenpotenziale für Wohn-, Misch- und Gewerbeflächen sollen die Weichen von Anfang an auf nachhaltige Mobilität und eine klimagerechte Stadtplanung gestellt werden. Um diese Aufgaben zu lösen, müssen integrierte, nachhaltige Planungsansätze gewählt werden. Stadtentwicklung und Stadtplanung verlangen heute nach gemeinschaftlichen Prozessen. Für mehr Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz in der Stadt- und Freiraumplanung bedarf es verbindlicher Vorgaben, messbarer Parameter und einem Monitoring im Rahmen von Planungen und Projektentwicklungen.

C Beschlussvorschlag:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass

1. im Stadtplanungsamt für die qualitative und nachhaltige Flächenentwicklung der Landeshauptstadt Wiesbaden eine Organisationsstruktur erforderlich ist, die die Erarbeitung zwischen Siedlungs-, Freiraum- und Mobilitätsentwicklung abgestimmten Konzepten übernimmt. Diese strategischen Konzepte und Planungsvorgaben sollen dazu beitragen das Verkehrsgeschehen in den Stadtteilen und Quartieren nachhaltig zu gestalten, die Idee einer neuen Mobilität und einer klimaangepassten Stadtentwicklung umzusetzen.
2. diese Aufgaben nicht im Rahmen der bestehenden Kapazitäten des Stadtplanungsamts abgedeckt werden können und daher eine Personalzusetzung von zwei Stellen in der Abteilung Stadtentwicklung im Stadtplanungsamt eingerichtet werden soll.

Es wird beschlossen:

1. Zum Stellenplan 2022/2023 werden beim Stadtplanungsamt im Bereich der Abteilung 6102 „Stadtentwicklung“ zwei Vollzeitplanstellen im Stellenwert A13h.D./E13 TVöD geschaffen. Die Planstellen können vorab der Beschlussfassung und der Genehmigung des Stellenplanes 2022/2023 überplanmäßig ab 01.10.2021 besetzt werden. Die Ausschreibung erfolgt unbefristet.
2. Durch die personellen Veränderungen entstehen Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von 50.660 Euro im Jahr 2021 bzw. in Höhe von jährlich 202.640 Euro (zzgl. Tarif- und Besoldungserhöhungen) ab 2022. Die Mehrkosten für 2021 werden aus dem Budget (Restmittel) des Dezernats IV finanziert. Die erforderlichen Mittel ab 2022 werden von Dezernat IV/61 zum HH 2022/2023 angemeldet.
3. Für die Beauftragung von Gutachten und Untersuchungen entstehen Sachmittelausgaben in Höhe von 100.000 Euro p.a.. Die erforderlichen Mittel werden von Dezernat IV/61 zum HH 2022/2023 angemeldet. Die Aufteilung auf Kostenarten erfolgt in Absprache mit Dezernat III/20.
4. Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ab 2018 ff. ist das Personalkontingent (Basiswert) des Stammpersonals von Dezernat IV/61 ab 01.10.2021 um 2 VZÄ zu erhöhen.

D Begründung

Siedlungsentwicklung erheblicher Größe:

Zur Ermittlung des Wohnraumbedarfs wurden verschiedene Wohnraumbedarfsprognosen betrachtet. Eindeutige Erkenntnis der Bevölkerungsprognosen ist die Tatsache, dass die Stadt Wiesbaden bereits vor bzw. spätestens bis zum Jahr 2050 eine Einwohnerzahl von 300.000 Einwohnern erreichen wird. Das Amt für Statistik und Stadtforschung der Landeshauptstadt Wiesbaden geht davon aus, dass dieser Wert bereits 2025 erreicht wird. Aktuell (28.02.2021) beträgt die Bevölkerungszahl in Wiesbaden 291.203 Einwohner (vgl. Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden, 2021). Damit hat Wiesbaden aufgrund seiner zentralen Lage und Bedeutung ein stetiges Wachstum zu erwarten. Diese Tatsache ist eine zentrale Rahmenbedingung für die weitere Stadtentwicklung. Für dieses Wachstum sollen Innenentwicklungspotentiale genutzt werden und darüber hinausgehende Bedarfe im Außenbereich abgedeckt werden.

Gleichzeitig steht Wiesbaden vor der Herausforderung, die lokale Energiewende zu gestalten und die Stadt klimaangepasst zu entwickeln. Die Schaffung von Wohnraum und Gewerbeflächen führt jedoch auch zu einem steigenden Verkehrsaufkommen, sowohl im fließenden als auch im ruhenden motorisierten Individualverkehr (MIV). Die Siedlungsentwicklung soll sich dabei entlang bestehender und geplanter SPNV- und ÖPNV- Infrastrukturtrassen konzentrieren.

Um diese Aufgaben zu lösen, müssen integrierte, nachhaltige Planungsansätze gewählt werden. Insbesondere der öffentliche Raum ist die Repräsentationsfläche dieser Stadt und bestimmt maßgeblich die Lebensqualität Wiesbadens. In seiner Funktion Mobilität, Kommunikation und Erholung Raum zu bieten sowie als wichtiger Ort des sozialen Austausches und der Integration der Stadtgesellschaft übernimmt er eine zentrale Rolle. In Folge der COVID-19 Pandemie wird die Stärkung der Stadt- und Quartiersstrukturen mit Blick auf den öffentlichen Raum, die Mobilität und einer klimagerechten Stadtentwicklung weiterhin an Bedeutung gewinnen. Es braucht innovative, nachhaltige und ressourceneffiziente Projekte und Strategien zugunsten einer höheren Aufenthaltsqualität, einem erweiterten Freiflächenangebot und zur Klimaanpassung.

Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger, zukunftsorientierter und ressourceneffizienter Konzepte in der Stadt- und Freiraumplanung sowie Stadtgestaltung:

- Orientierung an den Grundsätzen einer flächensparenden und verkehrsreduzierenden Siedlungs- und Nutzungsstruktur z.B. durch Nutzungsmischung in Wohnquartieren
- Die steigende Relevanz des Klimawandels für stadtplanerische Entscheidungen erfordert eine eigene Klimakompetenz, um den Herausforderungen des Klimawandels heute und in Zukunft gerecht zu werden.
- Begrünte Freiräume in Stadtquartieren sind essenzieller Baustein einer funktionierenden Stadtgestaltung, verbessern aber auch das städtische Kleinklima und sind ein wichtiges Mittel der Stadt für die lokale Bewältigung des Klimawandels.
- Erfordernis eines gesamtstädtischen Denkens von Mobilitätsangeboten und einer aktiven Förderung umweltfreundlicher Mobilität
- Umsetzung von Qualitätsbausteinen für Stadtquartiere:
 - Neubau von Wohnquartieren nur mit nachhaltigem Mobilitätskonzept: Neue Stadtquartiere werden zukünftig so gestaltet, dass überwiegend MIV-arme Quartiere bzw. Stadtteile mit Quartiersgaragen entstehen. Die Gebiete sind durch eine optimale Fahrradinfrastruktur an die Innenstädte von Mainz und Wiesbaden anzubinden.
 - Durchgehende begrünte Wegeverbindungen sowie eine durchgehende und vernetzte Grün- und Freiflächenstruktur (Durchlüftungsbahnen) erhalten und entwickeln.
 - Nachhaltige Nahmobilität und Vernetzung, insbesondere Car-Sharing, Ladestationen für E-Mobilität, Fahrradgaragen und -abstellanlagen, Fuß- und Rad(schnell)wege, verkehrsberuhigte, gemischt genutzte (shared space) oder autofreie Zonen, gute Anbindung an Haltepunkte des ÖPNV und insbesondere des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV) in Stadtquartieren und Gewerbestandorten.

- Klima- und sozialverträgliche Mobilitätsmaßnahmen im Wohnquartier gezielt fördern
- Entwickeln und Umsetzen von Betreiberkonzepten
- Klimaoptimierte Vegetation im öffentlichen Raum und verschattete Aufenthaltsbereiche und Wege im öffentlichen Raum sowie intensiv begrünte Innenhöfe erhalten und entwickeln
- Implementierung von Dach- und Fassadenbegrünung zur Verbesserung des Kleinklimas

Aufgaben der Stelle:

- Erarbeitung von Strategien für einen umweltfreundlichen Verkehr und klimaoptimiertes Stadtgrün in Gebieten der Stadtentwicklung und Bündelungsfunktionen im Rahmen der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung (Bebauungsplanung, Flächennutzungsplanung).
- Entwicklung von Quartieren, die zu aktiver Bewegung einladen, eine entspannte und sichere Mobilität durch Rad- und Fußverkehr bieten und weitgehend frei vom motorisierten Individualverkehr sind.
- Erarbeiten von Straßenumgestaltungskonzepten zur Schaffung städtebaulicher und straßenräumlicher (Aufenthalts-) Qualitäten sowie Darstellung in innovativen Detaillösungen
- Mitgestaltung der Verkehrswende in unterschiedlichen verkehrsplanerischen Fragestellungen (inkl. Elektromobilität, Digitalisierung, nachhaltige Stadtlogistik, Parkraummanagement)
- Handlungsstrategie für eine klimaresiliente und energetisch optimierte Stadtplanung
- Erarbeitung verbindlicher Vorgaben für Planungen und Projektentwicklungen

Dies führt zu einem in die Zukunft gerichteten erforderlichen Zuwachs des Aufgabenumfangs des Stadtplanungsamtes für den es spezialisierter Kenntnisse bedarf.

Folgende personelle Ausstattung ist daher vorgesehen:

A13 h.D./E13 Übergeordnete Planung, Mobilität und Klima

Stadtplaner/-in /

Erarbeitung von Mobilitätskonzepten und stadtklimatischen Strategien in Gebieten der Stadtentwicklung und Bündelungsfunktionen im Rahmen der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung (B-Pläne, Flächennutzungsplanung), Mitarbeit bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, Beiträge zur Qualifizierung des öffentlichen Raums

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

Die Landeshauptstadt Wiesbaden erfüllt mit ca. 290 000 Einwohnern (31.12.2018) vielfältige oberzentrale Funktionen in der Wachstumsregion Rhein-Main. Mit der historischen Kernstadt und der landschaftlich reizvollen Lage umgeben von Taunus und Rheingau besitzt die Stadt eine Vielzahl stadt- und landschaftsräumlicher Qualitäten. Wiesbaden ist über das Straßen- und Schienennetz sowie den internationalen Flughafen Frankfurt am Main sehr gut verkehrlich angebunden. Mit dieser hohen Lebensqualität ist die Stadt attraktiver Standort, u. a. für die Wohnbevölkerung, Arbeitskräfte und Unternehmen. Die Bevölkerungsvorausberechnung des Amtes für Statistik und Stadtforschung schätzt einen kontinuierlichen Anstieg der Bevölkerungszahl um 4,9 Prozent - etwa 14 000 Personen - bis zum Jahr 2035 auf knapp 304.000 Einwohner.

Mit der Umsetzung des Ostfelds bereitet sich Wiesbaden auf die künftigen Herausforderungen der Stadtentwicklung vor.

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 26. April 2021
610210 4392/gö

Marcus Gaßner
Stadtrat